

KREISDELEGIERTENKONFERENZ

MARCH-NEUERSHAUSEN – 19.10.2019

ANTRÄGE

Klimanotstand ausrufen

Antrag der Jusos Breisgau-Hochschwarzwald:

Adressat: SPD-Kreistagsfraktion, SPD-Gemeinderatsfraktionen und einzelne SPD-Gemeinderäte im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald

Die SPD im Kreis Breisgau-Hochschwarzwald setzt sich für die Ausrufung des Klimanotstandes in den jeweiligen Körperschaften ein. Dies beinhaltet folgende konkrete Maßnahmen:

- a) Erklärung des Klimanotstands und Anerkennung der Eindämmung der Klimakrise und ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von höchster Priorität.
- b) Anerkennung, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um die Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu begrenzen.
- c) Berücksichtigung der Auswirkungen auf das Klima bei jeglichen Entscheidungen und Bevorzugung von Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen das Kästchen „Auswirkungen auf den Klimaschutz“ mit den Auswahlmöglichkeiten „Ja, positiv“, „Ja, negativ“ und „Nein“ verpflichtender Bestandteil. Wird die Frage mit „Ja, positiv“ oder „Ja, negativ“ beantwortet, muss die jeweilige Auswirkung in der Begründung dargestellt werden.
- d) Aufforderung der Verwaltungsspitze dem jeweilige Gremium und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Reduktion der Emissionen Bericht zu erstatten.
- e) Aufforderung, dass der Neubau von Verwaltungsgebäuden sowie alle weiteren Bauten in Zuständigkeit der Körperschaft zukünftig so geplant und gebaut werden, dass der Betrieb klimaneutral sein wird.
- f) Beauftragung des Landratsamtes, kommunale Initiativen zur umweltfreundlichen Energieerzeugung und das Kompetenzzentrum Regenerative Energien im Regierungspräsidium

Freiburg zu unterstützen. Initiativen der Bürger und Kommunen sollen gebündelt und in der Fläche koordiniert werden. Hinderliche Einzelinteressen (Kirchturmdenken) sollen überwunden werden. (Nur Kreistagsfraktion)

Begründung:

Der Klimawandel und seine Folgen betreffen uns alle. Längst ist die Erderwärmung wahrnehmbar: Meeresspiegel steigen, Insektenarten verschwinden, doch es wird längst nicht genug gegen diese Entwicklung getan. Das muss sich endlich ändern! Es ist unerlässlich dass auch in Landkreis und Kommunen aktiv für eine Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes gekämpft wird. Die Ausrufung des Klimanotstandes sorgt für ein aktives Problembewusstsein und stößt unerlässliche Maßnahmen gegen die Entwicklungen der letzten Jahre und für eine umweltverträgliche und generationengerechte Kommunal- und Kreispolitik an.

Neues Grundsatzprogramm erarbeiten - die Chance auf Profilierung und öffentliche Wahrnehmung nutzen

Antragsteller: SPD Ortsverein Bad Krozingen - Hartheim

Adressat: Bundesvorstand, Bundesparteitag

Die SPD benötigt ein neues Grundsatzprogramm. Das über 10 Jahre alte "Hamburger Programm" ist nicht veraltet, in vielen Teilen aktuell und in den Kernaussagen nach wie vor gültig.

Jedoch fehlen durch unsere schnelllebige Zeit und rasanten Entwicklungen Antworten zu Digitalisierung, Entwicklungspolitik, Fluchtursachen und Integration von Geflüchteten in Europa und Deutschland sowie dem Kampf gegen den Klimawandel. Weiterhin lassen sich in vielen anderen Bereichen inzwischen Ergänzungen und Präzisierungen aufnehmen oder sind Überarbeitungen aufgrund der Entwicklungen der letzten Jahre angebracht.

In der besonderen Situation, dass die SPD sich eine dringend notwendige Erneuerung verordnet, gleichzeitig jedoch erneut in Verantwortung für unser Land Regierungsverantwortung übernommen hat, ist die Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogramms eine gute Möglichkeit Profil zu zeigen und sich von anderen politischen Kräften abzugrenzen.

Auch in Bezug auf den langen Prozess der Findung einer/eines neuen Parteivorsitzenden für die SPD sind Inhalte leider gegenüber Personen und Gesichtern in den Hintergrund getreten.

Mit der Erarbeitung eines neuen Grundsatzprogrammes können wir der neuen Parteispitze auch eine Richtschnur für die kommende politische Ausrichtung der Partei mit auf den Weg geben.

Die gelben Säcke – eine unbefriedigende Lösung und ein Ärgernis

Antragsteller: SPD Ortsverein Dreisamtal

Adressat: SPD Kreistagsfraktion

Antrag:

Die Kreisdelegiertenkonferenz beauftragt die Kreistagsfraktion der SPD folgenden Antrag in den Kreistag einzubringen:

1. Die Verwaltung des Landkreises wird beauftragt, eine sinnvolle, umweltschonende und wirtschaftliche Alternative zum gelben Sack zu finden. Das könnte die Gelbe Tonne oder die Wertstofftonne sein.
2. Der Kreistag fordert des Weiteren einen Bericht darüber, wie der im Landkreis anfallende Wertmüll inzwischen tatsächlich verwertet wird. Wie hoch ist der Recycling-Anteil, wie hoch die thermische Verwertung? Wie und wo findet das Recycling statt?

Begründung:

Das System der gelben Säcke existiert seit etwa dreißig Jahren. Seither hat sich wenig daran geändert, obwohl Bürger und Bürgerinnen immer wieder Unmut über dieses System äußern: die gelben Säcke bestehen aus einem ungeeigneten Material, weil sie zu dünn und nicht reißfest sind. Es kommt oft vor, dass die Säcke nicht pünktlich abgeholt oder vergessen werden. Auch gehen Tiere dran, reißen die Säcke auf, zerwühlen sie und verteilen den Müll. Herrscht viel Wind oder Sturm, wird das Problem verschärft. Säcke und Müll ergießen sich in die Landschaft, über Äcker und Felder. Ehrenamtliche Müllsammelaktionen schaffen es nicht, all diesen Müll wieder einzusammeln. Er wird untergepflügt, durch Witterungseinflüsse wie Hitze und Frost wird er spröde, zerbröselt und zersetzt sich langfristig zu sekundärem Mikroplastik.

Fazit:

Das Konzept der gelben Säcke ist nicht mehr zeitgemäß und muss deshalb dringend überdacht und angepasst werden. Mit dem neuen Verpackungsgesetz 2019 gibt es die Möglichkeit, von gelben Säcken auf gelbe Tonne umzustellen, kostenneutral für die Bürger und Bürgerinnen. Weitergedacht und wünschenswert wäre natürlich eine Gelbe Tonne, die auch Nicht-Verpackungen aus Kunststoffen wie Eimer, Wannen, Kinderspielzeug erfassen und dem Recycling zuführen würde.

Das Argument „das geht nicht“ gilt nicht: Die Gelbe Tonne gibt es bereits in Landsberg am Lech, in Essen, in Günzburg. Neustadt an der Aisch führt sie zum 1.1.2020 ein und Sendenhorst im Münsterland auf 2021 – kostenneutral für die Bürger